

31. März 2014

1 von 1

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten

Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung

- 101.17.1181 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in Industrie- und Gewerbegebieten oder unmittelbar angrenzend an Industrie- und Gewerbegebieten aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende grundsätzlich nicht anzuweisen, sich in Gebäuden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten beherbergen zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten Gemeinschaftsunterkünfte zur Unterbringung von Asylsuchenden weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten weder durchzuführen noch zu genehmigen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1),
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (2)

Enthaltung: --

den

Beschluss

Die Bürgereingabe betr. Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten, 101.17.1181, wird **abgelehnt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin